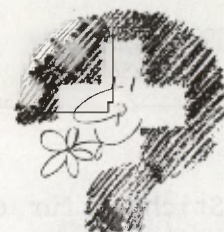




1990 Eidgenössische
Volkszählung

1 Kurzorientierung

1 Kurzorientierung



Eine Kurzorientierung

Die rechtliche Grundlage

Rechtliche Basis zur Durchführung einer Volkszählung bildet das Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung. Dieses schreibt vor, dass alle zehn Jahre eine allgemeine schweizerische Volkszählung durchgeführt werden muss. Neben der eigentlichen Personenerhebung werden im Rahmen der Volkszählung seit 1920 auch der Wohnungsbestand erhoben und seit 1970 eine Gebäudezählung durchgeführt. Mit der von der Bundesversammlung am 23. Juni 1988 verabschiedeten Revision des Volkszählungsgesetzes von 1860 wurde der parlamentarische Wille sichtbar, die Persönlichkeits- und Datenschutzbedenken auszuräumen. So wurde zum erstenmal auf Gesetzesstufe ausdrücklich bestimmt, dass die Daten aus der Volkszählung nur für nicht personenbezogene Zwecke, sogenannte "statistische Zwecke", verwendet werden dürfen. Die Weitergabe der Daten ist ebenfalls auf Gesetzesstufe geregelt. Eine Verordnung des Bundesrates regelt die Einzelheiten. (Vergleiche Register 2.2: Bundesgesetz und Verordnung.)

Die Ergebnisse

Neben politisch-administrativen Verwendungen dienen die Ergebnisse der Volkszählung als Planungsunterlagen in verschiedensten Bereichen. So werden sie z.B. in der Verkehrspolitik und -planung verwendet. Die in den 80er Jahren eingeführten Tarifverbünde in den grössten Schweizer Städten sind auf den Pendlerstatistiken der Volkszählung 1980 abgestützt. Im Bereich der Sozialpolitik und -planung sowie der öffentlichen Infrastrukturplanung sei die Altersheimplanung in verschiedenen Kantonen aufgrund von Bevölkerungsprognosen erwähnt. Die Altersverteilung der Bevölkerung gemäss Volkszählung dient als Arbeitsgrundlage für die 10. AHV-Revision. Für den privaten Markt sind die Volkszählungsergebnisse u.a. zur Eröffnung von Praxen, für Investitionen zur Erweiterung von Filialnetzen oder allgemein als Instrument der Marketingplanung eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Die Volkszählung liefert aussagekräftige, über mehrere Jahre vergleichbare und für kleinste geografische Räume gültige und verlässliche Grundlagendaten. (Vergleiche Register 3: Argumentekatalog.)

Art der Durchführung

Wie in den meisten Ländern wird die Volkszählung auch in der Schweiz als Vollerhebung durchgeführt. Das Bundesamt für Statistik übernimmt im Auftrage des Bundesrates die Leitung der Zählung. Jeder Kanton ist verantwortlich für die Durchführung der Zählung auf seinem Kantonsgebiet. Zudem ist er Bindeglied zwischen Gemeindebehörden und dem Bundesamt. Die Gemeinden tragen eine grosse Verantwortung. Sie übernehmen den grössten Teil der Arbeiten; denn sie sind dafür zuständig, dass jeder die nötigen Erhebungsunterlagen erhält und wieder zurückgibt. Die Gemeinden setzen dazu Zählerinnen und Zähler ein, die sie zuvor in ihre verantwortungsvolle Aufgabe eingeführt haben.

Stichtag für die Volkszählung ist der 4. Dezember 1990. Nach dem Einsammeln kontrollieren die Verantwortlichen der Gemeinden die Fragebogen auf Vollständigkeit. Dafür - und für Ergänzungen - benötigen die grösseren Gemeinden einige Monate. Anschliessend werden die Fragebogen dem Bundesamt für Statistik zugestellt. Als erstes Ergebnis werden die Einwohnerzahlen nach Gemeinden und Kantonen publiziert. (Vergleiche Register 4: Organisation und Ablauf sowie Register 7: Aufgaben der Gemeinden.)

Der Personenfragebogen

Der Personenfragebogen ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt enthält die Fragen, die von allen Personen beantwortet werden müssen. Neben Geburtsdatum, -Ort, Geschlecht und Zivilstand werden in diesem Abschnitt auch die Stellung im Haushalt, die Konfession, die Sprache, die Nationalität, der wirtschaftliche und zivilrechtliche Wohnsitz sowie der Wohnsitz vor fünf Jahren erhoben, bei Ausländern zusätzlich die Art der Aufenthaltsbewilligung. Alle Personen haben auch über ihre Hauptbeschäftigung bzw. Erwerbssituation sowie über ihre Ausbildung Auskunft zu geben.

Die Fragen über die berufliche Stellung und die berufliche Tätigkeit richten sich nur an Erwerbstätige, erwerbstätig gewesene Personen sowie an Arbeitslose. Mit Fragen über den Arbeitsort bzw. Schulort, den Zeitbedarf für den Arbeits- bzw. Schulweg und die Wahl des Verkehrsmittels zum Arbeits- bzw. Schulort wird der Fragebogen abgeschlossen.

Um den gesamten Fragebogen zu beantworten, werden rund 10 - 15 Minuten benötigt. Er wird in einem verschliessbaren Couvert dem Zähler zurückgegeben. Dieser darf ein verschlossenes Couvert nicht öffnen. (Vergleiche Register 11.2: Personenfragebogen.)

Der Gebäudefragebogen

Der Gebäudefragebogen wird vom Hauseigentümer oder seinem Vertreter ausgefüllt. Er umfasst einen Gebäudeteil und einen Wohnungsteil. Im Gebäudeteil werden der Standort und die Art des Gebäudes, die Bauperiode, der Zeitpunkt der letzten Renovation, die Geschosshöhe und der Eigentübertypus (z.B. Privatperson, Pensionskasse oder Immobiliengesellschaft) erhoben. Fragen über die Art der Heizungs- und der Warmwasserversorgung sowie über die verwendeten Energieträger bzw. Heizsysteme schliessen den Gebäudeteil ab.

Im Wohnungsteil sind Angaben über das Stockwerk, die Zahl der Wohnräume, die Fläche und den Bewohnertypus zu machen. Ob eine Küche vorhanden ist, wie die Wohnung belegt wird und wie hoch der Mietpreis ist, sind weitere Fragen, die zu beantworten sind. (Vergleiche Register 11.1: Gebäudefragebogen und Erläuterungen.)

Volkszählung im internationalen Vergleich

1985 verabschiedete der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen eine Resolution, in der den Mitgliedstaaten empfohlen wurde, eine Weltbevölkerungs- und Wohnungszählung durchzuführen. Im europäischen Raum werden die EG-

Mitgliedstaaten mittels Richtlinien verpflichtet, Volkszählungen durchzuführen. In den Jahren um 1990 finden in über 130 Ländern Volkszählungen statt. (Vergleiche Register 2.3: Volkszählungen im internationalen Vergleich.)

Warum die Volkszählung 1990 nicht als Registerzählung oder Stichprobenerhebung durchführen?

Die Register der schweizerischen Einwohnerkontrollen sind, was den Inhalt und die Organisation angeht, sehr unterschiedlich ausgestaltet. Auch in den mit EDV arbeitenden Gemeinden finden sich, entsprechend ihren Bedürfnissen, viele verschiedene Lösungen. Diese Verschiedenartigkeit stellt für eine landesweite Zählung ein zurzeit praktisch nicht lösbares Problem dar. Zudem bestehen rechtliche Hindernisse, welche die Benützung von bestehenden Registern nicht erlauben: Die Einwohnerkontrolle beispielsweise ist Sache der Kantone. Es widerspricht dem föderalistischen Grundprinzip der Schweiz, diese Register anzugleichen und aufzuarbeiten und damit de facto ein zentrales schweizerisches Register aufzubauen.

Eine Stichprobenerhebung ist nicht möglich, wenn die Volkszählung die Ansprüche von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie Forschungsstellen, Firmen, und nicht zuletzt des Bürgers befriedigen will, für kleine, klar abgegrenzte Räume aussagekräftige und vergleichbare Ergebnisse zu erhalten.

Die Stichprobenerhebung ist aber sinnvoll, um die Qualität der Haupterhebung zu prüfen. Deshalb wird im Anschluss an die Vollerhebung eine solche Stichprobenerhebung durchgeführt werden. Sie wird darüber Auskunft geben, wie gut die Antworten zur Erwerbstätigkeit waren. (Vergleiche Register 3: Argumentenkatalog.)